

Politische Treuepflicht

Beitrag von „Ava“ vom 2. Februar 2013 20:07

Hallo, wie ist die politische Treuepflicht zu verstehen?

" So wird etwa aus der Treuepflicht die Verpflichtung abgeleitet, dass Beamte :
[...]

-bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung wahren,
die sich aus ihrer Stellung gegenüber
der Gesamtheit und aus der
Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergeben"

Was ist unter Mäßigung und Zurückhaltung zu verstehen? Denn zwischen dem Wahren aller
bestehenden Gesetze und

"Mäßigung und Zurückhaltung" ist ja nun - zumindest meiner rein semantischen Interpretation
nach - noch eine Menge
Spielraum. Wie ist das denn juristisch auszulegen?

Beitrag von „chrisy“ vom 2. Februar 2013 20:44

z. B., dass du keinen Anti-AKW-Aufkleber auf deinem Auto anbringst 😊 (Den Fall gab es mal in
der Tat).

Beitrag von „Meike.“ vom 2. Februar 2013 21:16

Wieso, ist Anti-AKW seit Fukushima nicht parteiübergreifender Standard...? 😊

Gemeint ist wohl eher ...

Zitat

Treuepflicht

Die wichtigste Pflicht aus dem Dienst- und Treueverhältnis ist die „Treuepflicht“. Von ihr lassen sich die übrigen Pflichten ableiten. Dies gilt vor allem auch für die Pflichten, die im Beamtenrechtsrahmengesetz, Bundesbeamtengesetz sowie in den Landesbeamtengesetzen nicht ausdrücklich genannt sind. So wird etwa aus der Treuepflicht die Verpflichtung abgeleitet, dass Beamte

- zu „steter Dienstleistung“ bereit sein müssen,
- sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhaltung aktiv eintreten,
- bei politischer Betätigung diejenige Mäßigung und Zurückhaltung wahren, die sich aus ihrer Stellung gegenüber der Gesamtheit und aus der Rücksicht auf die Pflichten ihres Amtes ergeben,
- sich sowohl innerhalb als auch außerhalb des Dienstes so verhalten, dass sie der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, das ihr Beruf erfordert.

Demnach haben sie alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Staates, der Dienstbehörde oder dem Berufsbeamtentum schaden könnte,

- zur Wahrhaftigkeit verpflichtet sind. Tatsachen wesentlicher Art dürfen sie nicht verschweigen, und über ihre persönlichen Verhältnisse haben sie – soweit ein dienstlicher Bezug gegeben ist – auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

Die Treuepflicht überdauert in wichtigen Fragen sogar das aktive Beamtenverhältnis. So können Beamtinnen und Beamte auch dann ein Dienstvergehen begehen, wenn sie sich im Ruhestand gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung betätigen oder an Bestrebungen teilnehmen, die den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen könnten.

Die Treuepflicht der Beamtinnen und Beamten findet im Diensteid ihre Bekräftigung, der auf Wunsch auch ohne Religionsformel geleistet werden kann.

Eidesformel nach § 58 Abs. 1 BBG: „Ich schwöre, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und alle in der Bundesrepublik geltenden Gesetze zu wahren und meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“

Alle Beamtinnen und Beamten, gleich ob auf Widerruf, Probe oder Lebenszeit, müssen nach ihrer Ernennung den Diensteid ablegen. Sie sind vorher auf die Folgen einer Verweigerung des Diensteids hinzuweisen. In diesem Fall ist die Ernennung unwirksam, die Betroffenen sofort wieder zu entlassen. http://www.beamteninformationen.de/treuepflicht_im_beamtenverhaeltnis

Alles anzeigen

In der Praxis heißt das, dass du dich mit parteipolitischen Aktivitäten sehr zurückhalten musst, extreme Ansichten für dich behältst, und dich insgesamt nicht benimmst, wie ein Vollidiot... 😊
ist insgesamt schon machbar.

Beitrag von „Ava“ vom 2. Februar 2013 21:44

Hm, hört sich ja streng an...

Und was ist mit politische Aktivitäten (nicht parteipolitisch) die vor der Verbeamtung stattfanden?

Kann einem das negativ nachhängen? Wenn also beispielsweise Artikel und Bilder in der Öffentlichkeit existieren, die einen beim politischen Engagement zeigen? (Natürlich kein Nazikram etc...)

Beitrag von „Brick in the wall“ vom 2. Februar 2013 22:19

[Zitat von Meike.](#)

mit parteipolitischen Aktivitäten sehr zurückhalten musste

Ist das wirklich so? Es gibt doch eine ganze Reihe kommunalpolitisch aktiver Kollegen. Auch in Länderparlamenten und im Bundestag sitzen viele (ehemalige) Lehrer.

Solange man nicht für eine Partei eintritt, die verfassungsfeindlich ist und/oder im Unterricht Werbung für eine Partei macht, sehe ich nicht, dass man da zu Zurückhaltung verpflichtet wäre.

Beitrag von „DeadPoet“ vom 2. Februar 2013 23:04

Ich kenne auch einige Kollegen, die in einer Partei und auch engagiert sind (man sieht sie auch ab und zu in der Zeitung). Solange sie im Unterricht keine "Partei ergreifen", scheint das völlig problemlos zu sein.

Beitrag von „chrisy“ vom 3. Februar 2013 01:11

[Zitat von Ava](#)

Hm, hört sich ja streng an...

Und was ist mit politische Aktivitäten (nicht parteipolitisch) die vor der Verbeamtung stattfanden?

Kann einem das negativ nachhängen? Wenn also beispielsweise Artikel und Bilder in der Öffentlichkeit existieren, die einen beim politischen Engagement zeigen? (Natürlich kein Nazikram etc...)

Insofern du dort nicht verfassungsfeindlich auffällig geworden bist, kein Thema (Piratenpartei und

so Späßchen) Schwieriger wird es dann bei Partizipation an Antifaaktionen u.ä. da dann deine Verfassungstreue angezweifelt werden könnte.

Beitrag von „Sofie“ vom 3. Februar 2013 09:27

Da fällt mir ein "Fall" aus der jüngsten Vergangenheit ein:

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/w...r-a-503951.html>

Daher muss man sich (rein rechtlich) über den Anti-AKW-Button wohl keine Sorgen machen. Solange man keine Anarchie-Zeichen in der Schule versprüht... 😊

Beitrag von „Meike.“ vom 3. Februar 2013 09:31

[Zitat von Brick in the wall](#)

Solange man nicht für eine Partei eintritt, die verfassungsfeindlich ist und/oder im Unterricht Werbung für eine Partei macht,

Genau das meinte ich mit "zurückhaltend sein"...

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 10:54

[Zitat von chrisy](#)

Insofern du dort nicht verfassungsfeindlich auffällig geworden bist, kein Thema (Piratenpartei und so Späßchen) Schwieriger wird es dann bei Partizipation an Antifaaktionen u.ä. da dann deine Verfassungstreue angezweifelt werden könnte.

ja, politische Arbeit ohne Substanz ist dem Staat immer lieber, als gegen Faschisten zu kämpfen. Eine tatsächlich interessante Besonderheit des deutschen Beamtentums (in einigen Bundesländern).

In der Regel kein Problem.

Chili

Beitrag von „Sofie“ vom 3. Februar 2013 11:02

Wills sich anscheinend keiner meinen Link angucken. Na gut, mach ich eben noch mal Werbung



<http://www.spiegel.de/schulspiegel/w...r-a-503951.html>

Hier geht es um einen Antifa-Aktivist in BaWü, der aufgrund seiner politischen Vergangenheit Berufsverbot bekommen sollte. Letzten Endes hat er aber den langwierigen Rechtsstreit gewonnen.

ALSO: Soo streng ist die Gesetzeslage nicht, auch wenn einige Schulen - und anscheinend sogar der Verfassungsschutz - das gerne hätten.

Und natürlich gibt es Schulen, die eine bestimmte politische Gesinnung nicht gerne "sehen". Aber angeblich gibt es auch Schulen, da dürfen die Lehrerinnen keine kurzen Röche tragen. Das hat dann aber alles nichts mehr mit schulrechtlichen Bestimmungen zu tun.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 11:08

WIE LANGE hat aber Michael kämpfen müssen?
wieviele hätten den langen Weg auf sich nehmen wollen?

Warum konnte überhaupt daran gezweifelt werden?

Klar, jetzt hat er "gewonnen", aber der Staat bzw. das Land hat sich vorher das Recht genommen, überhaupt seine Fähigkeit anzuzweifeln...

Chili

Beitrag von „Sofie“ vom 3. Februar 2013 11:12

Da hast du Recht... 😞

Ich finde es dennoch schade, dass viele politische Aktivität scheuen, weil sie glauben dadurch Nachteile zu haben. Ich kenne zB viele Referendare, die prinzipiell in die GEW eintreten würden, aber glauben, sie könnten dadurch Nachteile haben: schlechtere Dienstbeurteilung, Probleme bei der Veramtung etc. Und das ist alles totaler Blödsinn. Aber man kann es den Leuten nicht ausreden...

Ich kenne auch viele, die Mitglied der Linken sind, also einer Partei, die vom Verfassungsschutz kritisch gesehen wird. Und die haben keinerlei Nachteile dadurch.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 11:34

Hallo!

Es hängt auch sicher vom Umfeld ab. Mitglied der LINKEN im Osten ist sicher weniger ein Problem als im Westen, Mitglied der GEW an einer Gesamtschule im Ruhrgebiet auch nicht im Vergleich zu einem Traditionsgymnasium einer konservativen Unistadt (oder Süddeutschland).

Ich würde keine politische Aktivität scheuen, bei der Antifa erst recht nicht, aber ich muss während meines Referendariat _nicht unbedingt_ Kreisvorstand der KPD werden 😄

Dass die GEW - oder umgekehrt der PhV - ein Hindernis zur Einstellung sein könnte, habe ich immer als lachhaft empfunden. Mittlerweile will ich es in einigen Gegenden durchaus glauben. Aber eher nach dem Motto: (bei schulscharfen Ausschreibungen!) "Bei gleichen Voraussetzungen werden Kumpel bevorzugt".

Chili

Beitrag von „Ava“ vom 3. Februar 2013 13:05

Hey, danke für den verlinkten Artikel, der Ist interessant. Ich persönlich kenne auch jemanden, der sehr aktiv bei der Antifa war und problemlos verbeamtet wurde, sogar im selben Bundesland.

Dennoch sind die Aussagen, die ich von anderen bekomme, immer sehr widersprüchlich - von "kein Problem, du bist paranoid" bis "pass bloß auf, du ruinierst deine Karriere".

Ich bin allerdings nicht in der Antifa, aber der Vergleich liegt sehr nahe.

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 13:41

@ chilipaprika

Wenn du PoWi unterrichtest, dann solltest du jedenfalls wissen, dass die Ansicht, Antifa würde gegen "Faschisten" kämpfen, eine glatte Lüge ist!

Der Kampf von Antifa-Aktionen geht gegen die bürgerliche Demokratie an sich, wobei Gewalt ausdrücklich legitim ist.

Wir lehnen also den Staat ab, lassen uns aber alimentieren, gelle??

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 13:50

Hallo!

Zumindest weiß ich, dass es keine "Faschisten" gibt, sondern Faschisten. Punkt. Ohne Einführungszeichen.

Dass es Gruppen in einigen Antifa-Gruppen gibt, die Gewalt als legitim ansehen, mag stimmen. Daraus kann ich nicht ableiten, dass jemand, der sich gegen Neonazis engagiert, gegen den Staat ist.

Vielleicht kenne ich mich mit der Antifa-Szene nicht gut genug aus, aber meine Antifa-Freunde

sind gegen Nazis und nicht gegen den Staat.

Chili

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 13:54

Nee, is klar.....und ich geh auf den Kameradschaftsabend, weil das Bier so lecker schmeckt, mit Naziideologie hab ich nichts am Hut!!!

Du stellst ja selbst fest, dass die "Antifa-Szene" in der Gewaltfrage durchaus permissiv ist. Zeige mir deine Freunde, und ich zeige dir, wer du bist.

Ich finde ein Engagement gegen Rechtsextremismus lobenswert, sinnvoll und wichtig. Wer sich jedoch mit den Schweinen sulzt, der macht sich schmutzig....also, mach dich ruhig mal schlau, welche Staatsidee du aktiv unterstützt (kleiner Tipp: der "terreur" kommt dem schon sehr nahe...), und in welcher Giftbrühe der extremen Linken du da badest.

Beitrag von „chrisy“ vom 3. Februar 2013 14:01

Naja, die Antifa an sich ist ja kein homogenes Gebilde (mehr), da tummeln sich Dorfpunks, Altkommunisten, Antideutsche usw.). Je nach "Ortsverband" ist auch die Gewaltfrage unterschiedlich diskutiert. Jedoch denke ich, dass ein bindendes Glied jeden Antifaaktivisten die Ablehnung des deutschen Staates einen müsste.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 14:02

Wie kannst du denn bitte über mich urteilen anhand von 2 Zeilen in einem Forum?

Es tut mir leid, wenn ich mir nicht meine Freunde nach politischem Parteibuch aussuche. Ich kann durchaus mit Menschen befreundet sein und nicht alle ihre Ansichten teilen.

Chili

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 14:06

Ich urteile keineswegs über dich, ich nehme nur in deinen Ausführungen entweder eine ordentliche Portion Naivität oder eine ordentliche Portion Selbstgerechtigkeit wahr. Klar, du hast vielleicht nix mit Gewalt am Hut, wenn du aber in einer gewalttätigen Gruppe mit marschierst, musst du dir die Frage gefallen lassen.

Nebenbei, wer sich für eine Partei engagiert teilt wohl in aller Regel auch deren Ideologie und Vorstellungen.

Beitrag von „Sofie“ vom 3. Februar 2013 14:07

Erstmal: Ich bin kein Antifa-Aktivist und das meiste, was ich über die Antifa weiß stammt aus dem vorletzten Jahrzehnt 😊

Unter dem Deckmantel des Antifaschismus versteckt sich so manch komische Gestalt, die ihre Wut gegen das eigene Leben oder gegen wasweißich durch Anzünden von Autos oder Rumrandalieren kompensieren möchte. Ja, leider gibt es das. Auch kann man die Strukturen und Methoden der Antifa sicherlich kritisch sehen. Aber ...

Zitat

dass die Ansicht, Antifa würde gegen "Faschisten" kämpfen, eine glatte Lüge ist!

... ist eine ebenso sonderbare Ansicht wie die Tatsache Faschisten in Anführungszeichen zu setzen.

Naja, ich glaube nicht, dass die Diskussion zu was führt.

Dennoch denke ich, dass man als - auch verbeamteter - Lehrer durchaus seine eigenen politischen Ansichten haben darf - solange man sich "neutral" im Unterricht verhält.

Beitrag von „Sofie“ vom 3. Februar 2013 14:08

[Zitat von Stamper95](#)

Ich urteile keineswegs über dich, ich nehme nur in deinen Ausführungen entweder eine ordentliche Portion Naivität oder eine ordentliche Portion Selbstgerechtigkeit wahr.

Das ist ein Urteil 😊

Beitrag von „fossi74“ vom 3. Februar 2013 14:18

Zitat von chilipaprika

Es hängt auch sicher vom Umfeld ab. Mitglied der LINKEN im Osten ist sicher weniger ein Problem als im Westen, Mitglied der GEW an einer Gesamtschule im Ruhrgebiet auch nicht im Vergleich zu einem Traditionsgymnasium einer konservativen Unistadt (oder Süddeutschland).

Ich kenne einen Schulleiter eines bayerischen Gymnasiums, der sowohl bekennendes GEW-Mitglied als auch kommunalpolitisch für die SPD tätig ist. Und nein, der Mann schulleitet nicht in einer SPD-Hochburg, weder in München noch in Nürnberg.

Gruß
Fossi

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 14:24

"Faschisten" steht deswegen in Anführungszeichen, weil die Definition eines Faschisten, ...nunja...recht eigenwillig ist....

Zum Rest meiner Aussage: man darf sich ruhig mal mit Ideologie und politischer Genealogie der Antifa beschäftigen. Tut halt keiner, denn: Die sind ja gegen Nazis, damit ist man automatisch im Recht!....verdammt gutes Marketing, das räume ich allerdings ein.

Und ja, selbstverständlich ist jeder Kommentar mit einem Urteil verbunden...da bleibt halt nicht aus. Soll aber keine Abwertung der Person sein.

Ich finde es nur legitim, wenn der Staat seine erklärten Feinde nicht besolden und versorgen will - das gilt auch für den verlinkten Spiegel-Artikel.

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 14:25

Natürlich gibt es auch Ausnahmen. und natürlich wird man nicht aufgrund einer SPD-Mitgliedschaft in Bayern entlassen! Ich bin doch nicht doof / naiv.

Ich bezog mich auf Referendare / JunglehrerInnen bei schulscharfen Bewerbungen zum Beispiel. und _angenommen es gäbe schulscharfe Ausschreibungen in Bayern_: ein SPD- und GEW-Aktivist wird es bei einem Vorstellungsgespräch in Bayern schwieriger haben als im Ruhrgebiet. Oder? Zusätzlich zu den Qualifikationen (ich gehe von gleichen Voraussetzungen aus) spielt bei der Einstellung auch das pädagogische Konzept, die Persönlichkeit, die Passung im Kollegium, usw... eine Rolle.

Chili

Beitrag von „Asfalloth“ vom 3. Februar 2013 14:32

[Zitat von DeadPoet](#)

Ich kenne auch einige Kollegen, die in einer Partei und auch engagiert sind (man sieht sie auch ab und zu in der Zeitung). Solange sie im Unterricht keine "Partei ergreifen", scheint das völlig problemlos zu sein.

Mein ehemaliger Politiklehrer aus der Oberstufe war praktisch sein Leben lang Mitglied der FDP und aktiv für diese, vertrat sie auch im Landtag. Aber im Unterricht wäre man nie darauf gekommen, dass er ein Landtagsabgeordneter war, denn er ließ es nie durchscheinen und bei parteipolitischen Themen redete er allgemein. Er hatte deswegen auch nie Probleme mit der SL.

.. ich nehme an, wenn er einen FDP-Button groß und unübersehbar auf der Lehrertasche platziert hätte, wäre es problematisch geworden.

Aber generell, was schließt das noch ein: dürfte man z.B. ein Button zum Tierschutz auf der Tasche haben (also keiner von Greenpeace, sondern so was wie "Rettet die Tiere" ohne Logo), oder wäre das auch schon politische Einflussnahme?

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 14:35

Ich persönlich finde, wir sollten unser Klientel jetzt nicht unterschätzen. Nicht jeder rennt sofort zu den Grünen, wenn der Lehrer einen Anti-AKW-Aufkleber am Auto hat.

Die eigene Meinung zu sagen ist m.E. legitim, solange sie auch als solche deutlich gemacht wird.

Beitrag von „fossi74“ vom 3. Februar 2013 14:50

[Zitat von Asfalth](#)

Aber im Unterricht wäre man nie darauf gekommen, dass er ein Landtagsabgeordneter war, denn er ließ es nie durchscheinen und bei parteipolitischen Themen redete er allgemein.

Nu ja, was soll er als FDP-ler auch großartig konkret sagen?

Gruß
Fossi

Beitrag von „neleabels“ vom 3. Februar 2013 15:04

[Zitat von chilipaprika](#)

ja, politische Arbeit ohne Substanz ist dem Staat immer lieber, als gegen Faschisten zu kämpfen.

Ich halte deine implizite Aussage, dass ein ernsthaftes Vorgehen gegen den Rechtsradikalismus nur innerhalb der Antifa möglich ist, für überreichlich kühn!

Nele

Beitrag von „Mikael“ vom 3. Februar 2013 15:06

[Zitat von chrisy](#)

z. B., dass du keinen Anti-AKW-Aufkleber auf deinem Auto anbringst 😊 (Den Fall gab es mal in der Tat).

Solange es kein Dienstwagen ist (den Lehrer sowieso nicht bekommen), kannst du mit deinem Auto machen, was du willst. Ok, nicht gerade mit verfassungsfeindlichen oder verbotenen Symbolen bekleben. Oder mit dem Auto mit Anti-AKW-Aufkleber IN den Unterricht fahren (nicht ZUM)...

Gruß !

Beitrag von „Asfalloth“ vom 3. Februar 2013 15:07

[Zitat von fossi74](#)

Nu ja, was soll er als FDP-ler auch großartig konkret sagen?

Gruß
Fossi

Das ist schon über 10 Jahre her, damals stand es noch anders um die Partei. Und außerdem geht es mir ja um das Generelle, er hätte auch Mitglied der CDU oder der SPD sein können.

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 15:21

@ Mikael

Och...soo ein Drive-In-Schalter in der Schulstube....das hätte was ! 😊

Beitrag von „chilipaprika“ vom 3. Februar 2013 15:26

[Zitat von neleabels](#)

Ich halte deine implizite Aussage, dass ein ernsthaftes Vorgehen gegen den Rechtsradikalismus nur innerhalb der Antifa möglich ist, für überreichlich kühn!

Nele

Ach Quatsch, natürlich nicht!

aber schliesst das mein Satz aus? So wollte ich nicht verstanden werden. Ich persönlich bin kein Antifa-Mitglied, bekämpfe trotzdem Rechtsradikalismus. Ich glaube nicht, dass es - egal auf welcher Ebene - Gruppen gibt, die den Alleinstellungsanspruch haben können, dass nur sie einem bestimmten Ziel verfolgen. Das wäre meiner Meinung nach absurd.

Chili

Beitrag von „fossi74“ vom 3. Februar 2013 15:58

[Zitat von Asfaloth](#)

Das ist schon über 10 Jahre her, damals stand es noch anders um die Partei. Und außerdem geht es mir ja um das Generelle, er hätte auch Mitglied der CDU oder der SPD sein können.

Sorry, ich vergesse immer, dass Ironie nicht jedermanns Ding ist.

Gruß
Fossi

Beitrag von „Stamper95“ vom 3. Februar 2013 16:08

@ fossi74:

Er könnte ja darauf hinweisen, dass die ein oder andere Schülerin ein Dirndl....*aufunbestimmteZeitverreist* 😊

Beitrag von „Trantor“ vom 6. Februar 2013 14:50

Zitat von Sofie

Da hast du Recht... 😞

Ich finde es dennoch schade, dass viele politische Aktivität scheuen, weil sie glauben dadurch Nachteile zu haben. Ich kenne zB viele Referendare, die prinzipiell in die GEW eintreten würden, aber glauben, sie könnten dadurch Nachteile haben: schlechtere Dienstbeurteilung, Probleme bei der Verbamtung etc. Und das ist alles totaler Blödsinn. Aber man kann es den Leuten nicht ausreden...

Ich kenne auch viele, die Mitglied der Linken sind, also einer Partei, die vom Verfassungsschutz kritisch gesehen wird. Und die haben keinerlei Nachteile dadurch.

Ich kenne es anders rum, Referendare, die wegen der ständigen Präsenz der GEW im Seminar in diese eintreten, um besser durchzukommen, und am Tage des Abschlusses dann austreten! Mag aber an diesem speziellen Seminar hier liegen.